

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 412 18. Juni 2008

14. Jahrgang

Wal-Mart: Global Supermarket in Zentralamerika

Der Einmarsch des US-amerikanischen transnationalen Warenhausgiganten *Wal-Mart* in Zentralamerika verändert den Einzelhandelsmarkt der Region radikal. *Wal-Mart*, ein Unternehmen mit weltweiten Einnahmen in Milliardenhöhe, hält aktuell 51% der Aktien eines Konglomerats, das in Zentralamerika 460 Einkaufszentren besitzt - Expansion vorgesehen. Dies bedeutet das Ende für lokale Einkaufsketten, die oft im Familienbesitz sind. Es kann aber auch eine Chance sein für einen Zusammenschluss des zentralamerikanischen Einzelhandels mit dem Ziel, ein Gegengewicht zu dem Marktriesen zu bilden.

Seit *Wal-Mart* im Jahr 2005 in die Region vorgestossen ist, bietet er eine Reihe von sogenannten "win-win"-Allianzen mit den kleineren und mittleren ProduzentInnen an. Zweifellos zeigt die Erfahrung, dass es auch bei diesen Allianzen VerliererInnen gibt, und dies sind einmal mehr die kleinen ProduzentInnen.

Der nachfolgende Artikel erschien am 16. Mai 2008 in der Nr. 1752 von *Inforpress Centroamericana*.

Im November 2005 setzte *Wal-Mart* zum ersten Mal seinen Fuss in die Region und kaufte 33% der Aktien der *Central American Retail Holding Company* (CARHCO), einer Aktiengesellschaft des Unternehmens *La Fragua*, Guatemala, und der *Vereinigung der Supermärkte* von Costa Rica. Verkauft wurden die Aktien von der holländischen Korporation *Albert Heijn Holdings* (ROYALAHOLD). Deren Direktoren mussten wegen Korruptionsverdachts zurücktreten und einen Teil der Unternehmen verkaufen. *Wal-Mart* kaufte den grössten Teil der AHOLD-Aktien in Zentralamerika zu niedrigen Preisen auf.

Im Februar 2006 schlug *Wal-Mart* noch einmal zu, kaufte weitere 17,7% der CARHCO-Aktien und besass somit einen Mehrheitsanteil von insgesamt 51%. Mit diesem Kauf wechselte das Konglomerat CARHCO, das in Zentralamerika einen jährlichen Gesamtumsatz von 2 Milliarden US-\$ verbucht, seinen Namen und heisst seither *Wal-Mart Centroamericana*.

Seit *Wal-Mart* den zentralamerikanischen Markt betreten hat, steigert es seine Präsenz. Im Januar 2007 kündigte das Unternehmen eine Investition von 13 Mio. US-\$ an, um in verschiedenen Ländern 10 neue Filialen zu eröffnen. Einen Monat später verkündete es, allein in Costa Rica 14 neue Läden zu eröffnen und dazu 49 Mio. US-\$ aufzuwenden. Mittelfristig will *Wal-Mart* auch nach Panama expandieren.

Wal-Mart ist zweifellos der König unter den Supermärkten. Der US-amerikanische Gigant beschäftigt weltweit rund 1,7 Mio. Angestellte und beansprucht 9% des US-amerikanischen Einzelhandels für sich. Laut Berechnungen kaufen wöchentlich rund 70 Mio. Personen bei *Wal-Mart* ein und 20 Mio. Menschen besuchen täglich seine Einkaufszentren.

Auf der Liste von *Fortune 500*, einer jährlich erscheinenden Liste der 500 umsatzstärksten, fast ausschließlich börsennotierten Unternehmen der Welt, findet man *Wal-Mart* als das grösste US-amerikanische Unternehmen, noch vor *Exxon Mobil* und *General Motors*. Im Jahr 2006 erreichten die weltweiten Einnahmen von *Wal-Mart* 312,4 Milliarden US-\$.

In einem Interview mit *Inforpress* sagte Alvaro Calderón, Wirtschaftsexperte der UN-Wirtschaftskommission für Latein-

amerika und die Karibik CEPAL: "*Wal-Mart* ist das weltweit grösste Unternehmen im Einzelhandel. Der Aufkauf der CARHCO-Aktien bedeutet eine wichtige Veränderung der Marktstrukturen in den zentralamerikanischen Ländern. Bisher dominierten regionale Warenhaus-Ketten den Markt, die meist im Besitz lokaler Familien waren. Heute bestimmt *Wal-Mart* die Marktbedingungen. Wer überleben will, muss sich diesem extrem grossen und mächtigen Unternehmen anpassen."

Weltweit umsatzstärkste Supermärkte (2006)

Unternehmen	Land	Umsatz (in Mrd. US-\$)
Wal-Mart	USA	312.4
Carrefour	Frankreich	92.6
Tesco	Grossbritannien	69.6
Metro Gruppe	Deutschland	69.3
Kroger	USA	60.6
Royal Ahold	Holland	55.3
Rewe	Deutschland	51.8
Schwartz	Deutschland	45.8
Aldi	Deutschland	45.0

Niedrige Preise zu hohen Kosten

Der Erfolg von *Wal-Mart* wird verschiedenen Faktoren zugeschrieben. Dazu gehört die effiziente Organisationsstruktur, ein hoher Grad an Dezentralisierung, eine effiziente Produktions- und Verteilungsorganisation und die "Philosophie der tiefen Preise". Natürlich wird *Wal-Mart* von kritischen Stimmen vorgeworfen, dass das Unternehmen die Angestellten ausbeutet, die Konkurrenz zerstört und die kleinen ProduzentInnen aussaugt - und nur somit die niedrigen Preise für die Kundschaft ermöglicht.

Ein Bericht von *Human Rights Watch* von Mai 2007

beschuldigt *Wal-Mart* antigewerkschaftlicher Praxen. Personen, die sich gewerkschaftlich organisieren, würden belästigt oder entlassen, es würden keine Überstunden ausbezahlt und keine Sozialversicherung für die gewerkschaftlich organisierten Angestellten abgeschlossen.

In Mexiko haben zwei Drittel der 9000 Jugendlichen, die als EinpackerInnen bei *Wal-Mart* arbeiten, keinen Arbeitsvertrag und bekommen keinen Lohn, sondern leben vom Trinkgeld der KundInnen, für die sie die Einkäufe in Tüten einpacken. Trotzdem müssen sie die Arbeitszeiten einhalten wie "normale" Angestellte und werden sanktioniert, wenn sie sich nicht an die Regeln halten. Gemäss der *Internationalen Arbeitsorganisation ILO* ist dies ein klarer Fall von Kinderarbeit.

70% der Produkte im *Wal-Mart*-Sortiment stammen aus China. Diese Auslagerung der Produktion hat eine starke Arbeitslosigkeit in den USA zur Folge. Seit den 90er-Jahren haben dort über eine Million Menschen ihre Arbeit verloren wegen zunehmender Produktionsverlagerung nach China. *Wal-Mart* verkauft 10% der gesamten in China für den Export produzierten Waren.

Wal-Mart wird auch beschuldigt, lokales Gewerbe wie Apotheken oder Kleiderläden zu verdrängen oder aufzukaufen und dann zu schliessen. Dies zwingt die KonsumentInnen mangels Alternative, ihre Einkäufe beim Giganten zu tätigen.

Wenn *Wal-Mart* ein unabhängiges Land wäre, würde es Platz Nr. 19 der 100 stärksten Ökonomien des Planeten einnehmen. Wegen seiner wirtschaftlichen aber auch politischen Macht in den Ländern, wo er angesiedelt ist, wird der Gigant gerne auch als "Unternehmens-Nation" bezeichnet. So wurden *Wal-Mart* sowie andere transnationale Unternehmen beschuldigt, im Jahr 2006 in ihren Einkaufszentren Wahlpropaganda gegen den damaligen mexikanischen oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador zu betreiben.

Um dem schlechten Ruf in Lateinamerika etwas entgegenzusetzen, bietet *Wal-Mart* Programme für kleine und mittlere Unternehmen an wie z.B. "Una mano para crecer" ("Eine Handreichung für Wachstum"). Dieses Programm richtet sich an Unternehmen oder Fabriken, die einen jährlichen Umsatz von 100'000 bis 600'000 US-\$ verzeichnen und nicht mehr als 100 Angestellte beschäftigen. Eine weitere Bedingung ist, dass das Unternehmen als Familienbetrieb organisiert ist. Bisher gibt es leider noch keine Un-

tersuchungen über die Wirkung solcher Programme. Die einzige Arbeit zu diesem Thema ist "*Wal-Mart* und die bäuerliche Landwirtschaftsproduktion in Guatemala. Eine Annäherung" von Juan Pablo Ozaeta von der *Koordination der NGOs und Kooperativen CONGOOP*. Das Dokument wurde 2007 im Auftrag von *Action Aid Guatemala* erstellt, ist bisher aber noch nicht publiziert worden.

Gemäss der Untersuchung von Ozaeta besitzt *Wal-Mart* in Zentralamerika verschiedene Lagerhallen mit dem Namen "Horti-Fruti", wo Gemüse und Früchte aufgekauft, gelagert und verteilt werden. In Guatemala liefern rund 1000 BäuerInnen (gemäss Statistik sind dies 0,11% aller landwirtschaftlichen ProduzentInnen) ihre Ernte in diese "Horti-Frutis". *Wal-Mart* preist dieses "Programm" unter dem Namen "tierra fértil" (fruchtbares Land) an und verkauft es als ein "win-win"-Projekt: Die ProduzentInnen hätten eine Abnahmegarantie und *Wal-Mart* verringere seine Kosten, da direkt beim Produzenten eingekauft werde und die Kosten des Zwischenhandels wegfallen. Die Untersuchung von CONGOOP kommt zu dem Schluss, dass auch bei diesem Geschäft die eine Seite mehr verdient - und zwar nicht die ProduzentInnen. Ausserdem müsse man sehr genau das Kleingedruckte der Abnahmeverträge lesen. Beim Programm "tierra fértil" z.B. wird den BäuerInnen technische Unterstützung angeboten, die sie jedoch nach Stundenaufwand zu bezahlen haben. Beim Programm "Una mano para crecer" wiederum müsse ein Produkt während 45 Tagen mehr als 20% des Umsatzes der führenden Marke desselben Produkts erreichen, um ins Sortiment von *Wal-Mart* aufgenommen zu werden.

Zu den Bedingungen, um in diese "win-win"-Programme aufgenommen zu werden, gehört auch, dass die ProduzentInnen eine Besitzurkunde für das Land vorweisen können, auf dem sie produzieren. Ozaeta weist darauf hin, dass es gerade im Fall von Guatemala, wo es kein Landkataster und oft keine juristische Absicherung über den Landbesitz gibt, sehr schwierig ist, diese Bedingung zu erfüllen.

Preiskrieg in Sicht?

Fachleute sind sich einig, dass die von *Wal-Mart* an die kleinen und mittleren Unternehmen gerichteten Programme nicht nachhaltig sind. Eugenio Incer von der *Vereinigung für Sozialwissenschaften in Guatemala (AVANCSO)*

meint dazu: "Die transnationalen Unternehmen haben durch die Freihandelsabkommen die Möglichkeit, mit den kleinen und mittleren ProduzentInnen direkte Verträge abzuschliessen. Ich glaube aber nicht, dass sich diese Praxis bewährt, denn die geographischen und infrastrukturellen Bedingungen in unserem Land sind sehr unterschiedlich. Im Hochland zum Beispiel sind die Transportwege viel schlechter als im Flachland. Wer von solchen Kontrakten profitieren kann, sind vielleicht die Gemüse-ProduzentInnen in Chimaltenango und an der Südküste." Gemäss Incer sind die Zulieferer von *Wal-Mart* spezialisiert auf Monokulturen, was risikoreich ist im Falle von Preisschwankungen, weil sie keine Alternativprodukte anzubieten haben.

Laut Fernando Solís, Wirtschaftsexperte vom *Institut für strategische Studien für die Demokratie (IDE)*, stehen die ProduzentInnen vor der Entscheidung, entweder Kooperativen zu gründen oder einzugehen. "Diese Art von Grosshandel treibt die kleinen ProduzentInnen in den Ruin. Diese Einkaufsketten kaufen nicht beim einzelnen Bauern oder der einzelnen Bäuerin, sondern bei ProduzentInnen, die sich zusammengeschlossen haben." Solís sieht darin eine mögliche institutionelle Stärkung der ProduzentInnen, was durchaus ein positiver Effekt sein kann.

Am schlimmsten für die kleinen ProduzentInnen wäre es, wenn ein sogenannter Preiskrieg ausbrechen würde zwischen verschiedenen Supermarkt-Giganten. Dies würde unweigerlich zu einem Preisdruck bzw. einem geringeren Erlös für die ProduzentInnen führen. Ein Phänomen, das in allen Ländern zu beobachten ist, wo *Wal-Mart* präsent ist.

Alvaro Calderón von CEPAL sieht voraus, dass die Expansion von *Wal-Mart* einen Konsolidierungsprozess zur Folge hat. Solís stimmt ihm zu: "Es wird ein Preiskrieg ausbrechen, und die kleineren Supermarkt-Ketten werden sich zusammenschliessen unter dem Motto: Alle gegen *Wal-Mart*."

Tatsächlich wurde am vergangenen 12. Mai die Gründung der *Allianz der Supermärkte Zentralamerikas und Panamas SUCAP* bekanntgegeben. Der Allianz gehören 16 Supermarktketten in Costa Rica, Nicaragua, Honduras, Guatemala, El Salvador und Panama mit insgesamt 279 Supermärkten an. Somit ist der Wettbewerb aufgeteilt zwischen SUCAP und *Wal-Mart Centroamericana*. Ob es infolge dieser Polarisierung tatsächlich zu einem Preiskrieg kommt und welches die Auswirkungen auf die kleinen ProduzentInnen sind, bleibt abzuwarten.

Korruption = DNA-Strang des Kongresses?

Guatemala, 12. Juni. Diesmal ist es ein Finanzskandal im Kongress, der die Gemüter erhitzt. Gerade noch hatte die *Tageszeitung Siglo XXI* lapidar festgestellt, dass "unvollständige Prozedere, Veruntreuungen, zweifelhafte Anschaffungen, Missbrauch und Exzess im Umgang mit Staatsgeldern Teil der genetischen Codes der öffentlichen Verwaltung Guatemalas zu sein scheinen".

Dieser Kommentar bezog sich auf die Veröffentlichung der Rechnungsprüfung des Staatshaushaltes 2007 durch den Rechnungshof CGC. Dessen Leiter, Carlos Mencos, denunzierte mehr als 900 Fälle von Anomalien in der staatlichen Buchführung. Ausserdem seien Bussgelder in Höhe von 111 Mio. Quetzales verhängt, Anklagen formuliert und 22 Strafanzeigen eingereicht worden. Der Audit-Prozess selbst sei erschwert worden durch die Politik, die einige der untersuchten Institutionen übernommen hatten: nämlich, internationale Organisationen anzustellen für die Kanalisierung der staatlichen Fonds. Darunter sind das *UN-Entwicklungsprogramm* (PNUD), die *Internationale Luftfahrtorganisation* (OACI), die *Internationale Organisation für Migration* (IOM) und das *Zentrum der Internationalen Zusammenarbeit für die landwirtschaftliche Vor-Investition* (CIPREDA). Dem Landwirtschaftsministerium (MAGA) werden die meisten Zuwiderhandlungen vorgeworfen, die im Zusammenhang stehen mit dem Kauf und Verkauf von Düngemitteln, der Instandhaltung von Fahrzeugen, dem Verkauf von verbessertem Saatgut und der Handhabung von Geldern, die für den öffentlichen Personentransport bestimmt waren.

Doch dann überschlugen sich die Ereignisse. Um den 20. Mai herum hatte Kongresspräsident Eduardo Meyer, der der Regierungspartei der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) angehört, mitgeteilt, dass eine Spezialkommission eingerichtet worden war, die Arbeit der Finanzspitze des Kongresses zu untersuchen, und zwar, nachdem Verwaltungschef Édgar Alfonso Schilling Polanco und der Wirtschaftsprüfer Daniel Yax Tiu gekündigt hatten und Meyers Privatsekretär Byron Rodolfo Sánchez Corzo gekündigt worden war.

Anfang Juni verkündete Meyer selbst, dass jener Byron Sánchez hinter seinem Rücken dem Finanzdirektor des Kongresses, José Benvenuto Conde Fernández, aufgetragen hatte, 82 Mio. Quetzales, etwa die Hälfte des vom Kongress ersparten Geldes, an das private Aktienhaus *Mercados de Futuros* (MDF) zu überweisen, das in Risikoaktien investiert und hohe Provisionen zu-

sagte. Niemand vom Direktionsvorstand habe von dieser Transaktion gewusst, beteuert Meyer. Laut Conde existiert über den Auftrag, von dem Sánchez behauptet hatte, er stamme von Meyer, denn auch kein Schriftstück.

Der staatliche Rechnungsprüfer Mencos weist dagegen darauf hin, dass das Bankengesetz vorschreibt, alle Gelder staatlicher Institutionen müssten bei der Staatsbank *Banco de Guatemala* oder aber zumindest in einer Bank des offiziellen Bankensystems angelegt sein.

MDF-Chef Raúl Girón eröffnete jetzt, dass die Geschäftsbeziehungen seiner Firma und der Regierung bereits im letzten Jahr aufgenommen wurden, als ihm 20 Staatsmillionen zur Anlage anvertraut wurden, damals mit einem Zinssatz von 8,75% im Jahr. Für die jetzt angelegten 82 Mio. wurde ein Satz von 9,5% vereinbart.

Die Verhandlungen führte Byron Sánchez, der für seinen Einsatz eine Provision von 1,5% jährlich erhalten sollte, die ihm in monatlichen 100'000 Quetzales-Überweisungen zukommen sollten. 300'000 hat er seit Vertragsbeginn bereits kassiert. Und wird inzwischen von Interpol gesucht, denn er hat seit seiner Kündigung durch Eduardo Meyer und dessen Information der Öffentlichkeit über die Anlage-Funde ausreichend Zeit gehabt, das Land Richtung USA zu verlassen. Auch gegen Conde und Yax Tiu liegen Haftbefehle vor, alle drei werden des Autoritätsmissbrauchs beschuldigt. Ihre Privatkonten sind bereits eingefroren, um sie auf Bewegungen hin zu untersuchen. Yax Tiu als Wirtschaftsprüfer war einer von der in den Kongressstrukturen installierten Dependence des Nationalen Rechnungshofes, mit dem Auftrag, just die Kontobewegungen der Legislative zu überwachen.

Auch gegen Eduardo Meyer hat sich die Schlinge schnell enger gezogen. Sollte er tatsächlich nichts von dem Vorgang gewusst haben, spricht dies nicht unbedingt für seine Qualifikation als oberster Chef des Kongresses. Ausserdem widerlegt ein Brief von MDF-Chef Girón an Meyer dessen vermeintliche Unwissenheit. In dem Schriftstück detailliert der Aktienmakler auf Meyers Antrag hin die tranchenweise Rückführung der angelegten Gelder auf das Staatskonto bis Anfang 2009. Möglicherweise wollte der Kongresspräsident die Sache ohne grosses Aufheben ungeschehen machen und hoffte auf die gleiche Behandlung, die der Generalrechnungsprüfer Mencos dem vorherigen Kongresspräsidenten Rubén Darío Morales zukommen gedenkt, nämlich von einer Anzeigen gegen ihn - der im letz-

ten Jahr die Aktieninvestition von Staatsgeldern ebenfalls verschwiegen abzusehen, schliesslich seien die Gelder ja wieder im Staatsäckel angekommen. Doch Alejandro Urizar, Koordinator des Transparenz-Programms der BürgerInneninitiative *Acción Ciudadana*, stellt Mencos Nachsichtigkeit in Frage: "Ich bezweifle, dass im Fall von Morales wirklich kein Delikt vorliegt, denn wir wissen nicht, ob jemand Provision bekommen hat." Und tatsächlich hat die Staatsanwaltschaft jetzt festgestellt, dass der ehemalige Kongresspräsident Morales von der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) selbst einen Scheck über 300'000 Quetzales erhalten hat. Kein anderer als Byron Sánchez Corzo, den Morales als Informatik-Experten eingestellt hatte, zahlte dieses Geld auf das Konto seines Chefs ein. Es war ein Grossteil der Beteiligung, die Sánchez für die erste Vermittlung von Kongressgeldern vom Aktienhaus MDF bekommen hat.

In der Zwischenzeit forderten die meisten Kongressfraktionen empört Meyers Entlassung, liessen sich jedoch auf dessen Vorschlag ein, dass er sich erst einmal für zwei Monate ohne Gehaltszahlung vom Amt zurückziehe, um die Rechtslage zu klären. Solange übernimmt der Vizepräsident des Kongresses, Aristedes Crespo von der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), den Kongressvorsitz. UNE-Fraktionschef Mario Taracena ist sich bereits sicher, dass Meyer nach dem vereinbarten Zeitraum seine Kündigung einreicht.

Doch neben Meyer gibt es noch weitere Instanzen, die bei der Transaktion hätten hellhörig werden müssen. Zum einen ist da die erwähnte Zweigstelle des Rechnungshofes unter Yax Tiu, dann hätte die *Banco Uno*, von der aus das Geld auf die Konten von MDF überwiesen wurden, den Auftrag nicht annehmen dürfen, da nur der Finanzdirektor Conde, jedoch niemand des Vorstandes unterzeichnet hatte. Und angesichts der Tatsache, dass etwa die Hälfte des gesamten Sparfonds des Kongresses bewegt wurde, ist nicht auszuschliessen, dass der Währungsfond nicht auch etwas davon mitbekommen hat. Dies würde den Vertreter dieser Institution vor dem Kongress, den Abgeordneten Fernando Pérez von der FRG mit in die Verantwortung ziehen.

Präsident Álvaro Colom, der sich nicht an der Diskussion um den Umgang mit Meyer von Seiten der Fraktionen beteiligt hatte, sondern nur deren Entscheidung zur Kenntnis nahm, nannte den Skandal "unangenehm" und sich selbst "enttäuscht", weil ein Mitglied seiner Partei darin involviert ist.

Eine neue Partei! Und gleich noch eine!

Guatemala, 11. Juni. Die *Front Nacionaler Übereinstimmung* ("Frente de Convergencia Nacional" - FCN) präsentierte sich dieser Tage offiziell als neue Partei vor dem *Obersten Wahlgericht*. Roberto Pirri Cruz, Generalsekretär der Organisation, gab bekannt, dass diese keine ausgeprägte Ideologie verfolge: "Wir sind weder links noch rechts noch im Zentrum, wir arbeiten für Guatemala", resümierte er. Und verkündete auch gleich, dass es in seiner Partei sowohl Militärs als auch ZivilistInnen gäbe. "Sicherheit, Gerechtigkeit und Entwicklung sind die Aspekte, auf die sich die Partei konzentrieren wird", informierte Pirri Cruz.

Der ehemalige Präsident des Fussballclubs *Comunicaciones* ging 2003 als Präsidentschaftskandidat für die inzwischen aufgelösten *Christdemokraten* ins Wahlrennen, sprang jedoch drei Tage später ab, weil er wohl, so Ex-Präsident Vinicio Cerezo Arévalo, nicht die nötigen Finanzen für die Kampagne beisteuern konnte. So lässt er wohl immer wieder gerne glauben, dass er mehr Geld habe, als er tatsächlich hat.

Der zum Teil polemische Kolumnist der Tageszeitung *el Periódico*, Jorge Palmieri, weiss, dass Pirri Cruz Erbe von städtischen Grundstücken in der als wohlhabend geltenden Wohnzone 15 der Hauptstadt ist und seit langer Zeit versuche, in irgendeiner Weise aktiv an der Politik teilzunehmen, ohne sich bislang einer Partei zu verschreiben. Auch wisse man nicht, welche ideologische Tendenz er verfolge, "wenn er überhaupt eine habe", so Palmieri.

Der stellvertretende Generalsekretär der neuen Partei ist der pensionierte Oberleutnant Arturo Soto.

Eine weitere Partei befindet sich gerade im Aufbau und scheint ein Familienprojekt zu sein. Öffentlich wurde dies, als in der letzten Woche die Brüder und Abgeordneten Abraham und Juan Carlos Rivera Estévez ihre Parteimitgliedschaft in der *Patriotischen Partei* (PP) aufkündigten so wie es ihr Vater, Abraham Rivera, im Mai getan hatte. Dieser, der erste und ehemalige Bürgermeister des inzwischen eigenständig gewordenen Vorortes von Guatemala-Stadt Mixco und später von Escuintla, hatte für sei-

nen Rückzug "Differenzen mit der Fraktion" angegeben. Laut PP-Chef Otto Pérez Molina hatte sich Rivera wohl nicht an Absprachen innerhalb des Blockes gehalten. Juan Carlos kündigte bereits an, dass der dritte Bruder, Amílcar Rivera Estévez, der bereits zum zweiten Mal in Folge das Bürgermeisteramt in Mixco innehat, voraussichtlich in Kürze auch sein Patriotisches Parteibuch abgeben wird.

Die als "Dynastie von Mixco" bekannte Familie unter Oberhaupt Abraham plant eine Partei mit dem Namen "Victoria" und verfolgt das Ziel, die "Stärkung der lokalen Macht und die Dezentralisierung" zu fördern, inspiriert von der christ-sozialen Ideologie.

Der Patriarch und Abgeordnete Abraham Rivera war ursprünglich Mitglied der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN), von der er sich wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem damaligen PAN-Generalsekretär und Hauptstadtbürgermeister Álvaro Arzú Irigoyen abwendete, um sich in der letzten Kampagne den PatriotInnen anzuschliessen.

Von Angestellten und Ausgaben

Guatemala, 12. Juni. Auch heuer ist es Nineth Montenegro vom *Encuentro por Guatemala*, die ein kritisches Auge auf die Ausgaben der Regierung hat. Ihr aktueller Bericht stellt fest, dass im Kongress 1'582 Personen arbeiten, allein 700 davon wurden in diesem Jahr, also mit der neuen Regierung angestellt - aber der für solche Zeitverträge vorgesehene Etat ist damit, nach fünf Monaten des Jahres, bereits zu 98% aufgebraucht. Allein 160 BeraterInnen und AssistentInnen sind angeblich für den Kongresspräsidenten Eduardo Meyer, die drei Vizepräsidenten und fünf StaatssekretärInnen des Kongressvorstandes tätig: der 1. Vizepräsident, Aristedes Crespo "hat" 28, Meyer 24 und wohl nicht nur beim 3. Vize fällt auf, dass er ehemalige Abgeordnete unter Vertrag hält, ohne dass sie zur Arbeit erscheinen. Eduardo Meyer hatte also offensichtlich gute Gründe, die Offenlegung der Kongress-Personalien hinauszuzögern, die sein Parteikollege der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE), Mario Taracena kürzlich von ihm forderte. (siehe ¡Fijáte! 411)

Roberto Alejos, der 1. Staatssekretär, gesteht, dass "eine gewissen Unordnung im Hause herrsche, die nicht nur die Verteilung des Personals, sondern auch dessen Gehälter betrifft und das

schon seit vielen Jahren". Darum sei eine Reform des Kongressgründungsgesetzes dringend nötig. Laut Alejos ist die Kürzung des Personals um 30% unabdingbar. Auch die Verträge selbst müssten überprüft werden, so wird 87 von 119 Personen in der Gebäudereinigung vertraglich eine jährliche Gehaltserhöhung von 10% zugesichert. Ein weiterer "überbevölkerter" Anstellungsbereich sind die Bürgerinformationszentren mit 28 Angestellten, wobei für gewöhnlich vier Personen tatsächlich präsent sind, obwohl ohnehin wenige BürgerInnen an dieser Stelle nach Informationen fragen.

Seit dem wiederholten Vorsitz von Jorge Méndez ab 2005 hat jedeR Abgeordnete eineN Assistenten/in, die meisten haben zusätzlich eine Sekretärin. Zudem sind den Fraktionen gesetzlich zwei BeraterInnen zugeteilt und noch einE BeraterIn je vier Abgeordneten. Die Fraktionschefs/innen können einen Sicherheitsdienst in Anspruch nehmen, was auch andere privilegierte Abgeordnete auf Kongresskosten tun. Die acht Vorstandsmitglieder haben bis zu vier Sicherheitskräfte und zwei Chauffeure.

Nineth Montenegro enthüllt in ihrer Reformforderung ein weiteres Detail über die Angestellten des Kongresses: Diese sei dringend erforderlich, um abzusichern, dass das unter Vertrag genom-

mene Personal auch wirklich für den jeweiligen Job qualifiziert ist.

Montenegros Bericht konstatiert noch andere Regierungsungeretheiten. Trotz der Wirtschaftskrise und der konstanten Unsicherheit im Land ist bislang wenig Geld in die Landwirtschaft, Nahrungsmittelversorgung und Sicherheit investiert worden. Derweil sind die Ausgaben für das blosses Funktionieren diverser Ressorts, besonders dem der Präsidentschaft selbst und dem Verteidigungsministerium, auffällig hoch.

Bis Ende Mai hat das Landwirtschaftsministerium erst 16,63% seines Etats ausgegeben - vornehmlich in Verwaltungsaufgaben. Die Ausgaben des Innenministeriums belaufen sich auf 27,6%, die des Bildungsministeriums gar auf 2,18% für Investitionen, dafür aber 28,76% für die Verwaltung. Angesichts des generellen Ungleichgewichts zwischen den aufgewendeten Geldern für Betriebskosten und Investitionen kritisiert Montenegro: "Das zeigt, dass mehr bürokratische Aktionen unternommen werden und mehr Geld in Material, Versorgungsgüter und technische Ausstattung in den Ministerien selbst gesteckt wird anstatt in Programme, die direkt die Bevölkerung begünstigen und zumindest zur Linderung der herrschenden Krise beitragen könnten."

Coloms Entscheidungen: "Unter Druck" oder "vertan"?

Guatemala, 13. Juni. Angesichts der weltweiten Nahrungsmittelkrise und extremen Erdölpreise, die auch die aktuelle Situation in Guatemala verschärfen, entschied Álvaro Colom kürzlich, das Präsidiale Dekret 40-74 zu verhängen, das aus dem Jahr 1974 stammt und die Besitzer von landwirtschaftlichen Flächen, die über die Grösse von 70 Hektar hinausgehen, zwingt, auf 10% der Fläche Getreide anzubauen.

Doch die Reaktion des Privatsektors, die Drohung der Landwirtschaftskammer, vor das Verfassungsgericht zu ziehen, sowie die Kritik von AnalystInnen wie JournalistInnen, die diesem Sektor nahe stehen, liessen nicht auf sich warten und fielen harsch aus: Das Dekret "ist verfassungswidrig, obsolet, verstösst gegen die individuelle Freiheit, die Freiheit des Unternehmens, des Marktes, etc." zitiert David Dubón in seinem Artikel in *Inforpress Centroamericana* einige der in die Debatte geworfenen Zuschreibungen. Einzig der Markt zählt, war die Botschaft.

Schliesslich zog Colom sein Dekret denn auch wieder zurück, bezeichnete aber seine BeraterInnen als verantwortlich, sich in dem Verfahren vertan zu haben, das in der aktuellen Situation anzuwenden sei. Gleichzeitig bietet dieses Thema einen weiteren Stein des Anstosses innerhalb der Regierungspartei selbst. Denn nachdem Colom seine Partei für das Dekret erwärmt hatte, dieses,

das er selbst inzwischen als "anachronistisch" bezeichnet, jedoch verworfen hat, verweist er jetzt nur noch auf den definitiv eingelegten Rückwärtsgang gegenüber der Initiative von 20 Mitgliedern von Coloms Partei der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE), die einen dem Dekret ähnlichen Gesetzesvorschlag voranbringen wollen. Leonel Castañeda, Präsident der Landwirtschaftskommission im Kongress, erläutert die Opposition gegen den offiziellen Kurs, das Dekret sei zurückgezogen worden, ohne eine andere Alternative für die Bevölkerung zu haben.

Für Daniel Pascual, Vorsitzender des *BäuerInnenkomitees* CUC, der die Rückzugsentscheidung von Colom als absurd bezeichnet, ist diese gleichzeitig ein Zeichen für Coloms Nähe zum Sektor der Grossgrundbesitzer des Landes und verspottet den Hunger und das Elend, in dem ein Grossteil der Bevölkerung lebt. Das Dekret dagegen wäre durchaus eine verantwortungsvolle Umsetzung des Versprechens der Nahrungssicherung gewesen. Einmal mehr habe der Präsident nun den Ärmsten des Landes den Rücken gekehrt, denn noch nicht einmal die entsprechende Gesetzgebung werde entschieden vorangetrieben. Dabei hätte, so Pascual, das Dekret nicht nur den BäuerInnensektor begünstigt, sondern hätte auch für eine Preissenkung für die städtische Bevölkerung gesorgt. Und gleichzeitig wäre es ein erster Schritt zurück zum Konsum von nationalen und qualitativ besseren Produkten als den importierten gewesen.

Inzwischen würden von der Indu-

striekammer jährlich 15 Mio. Zentner gelber, gentechnisch veränderter Mais eingeführt. Dadurch seien im Jahr rund 30 Mio. Tageseinkommen im Produktionssektor der Grundgetreide verloren gegangen, berichtet Pascual.

Nicht zum ersten Mal hatte der Mandatsträger im Vorfeld der Entscheidungsverkündung an die Solidarität appelliert als Konzept, das der Suche nach Lösungen für die herrschenden Probleme zu Grunde liegen sollte. Doch, so erinnerte der Kolumnist Tomás Rosada erst kürzlich: "Der Markt kennt diesen Begriff nicht". Und daran, so Dubón, sollte sich der Präsident jedes Mal erinnern, wenn er darüber nachdenke und entscheide, Massnahmen durchsetzen zu wollen, die den Anschein haben könnten, das Funktionieren des Marktes zu verändern.

Ansonsten ginge es so weiter wie bereits mit einigen angekündigten politischen Vorhaben. Beispielsweise jene in den Bereichen Steuern, Arbeitsrecht, Handel, Zoll, Energie, Wirtschaft, Soziales und Sicherheit - viele davon sind auf eine starke Opposition gestossen, der Colom dann nachgegeben hat, indem er seine Pläne zurückzog. Darunter befanden sich sein durchaus sozialdemokratischer Vorschlag, aufgrund der unabhäblichen Preisentwicklung für zahlreiche Grundnahrungsmittel fixe Preise zu vereinbaren, aber auch sein Versprechen der Stellenvergaben an seine AnhängerInnen, die Ernennung von FunktionärInnen oder auch recht zu Beginn seiner Amtszeit sein Stimmungswechsel in Sachen Todesstrafe.

Kinderarbeit schafft neue Kommission

Guatemala, 13. Juni. Die Bildungsministerin Ana Ordóñez de Molina gab Anfang des Monats das aktuelle Panorama des Bildungssektors bekannt, das sie sich seit Amtsantritt verschafft hat. Und das manchen von ihrer Vorgängerin Aceña proklamierten Erfolgen den Boden entzieht. So fasst Ordóñez die Situation in knappe, aber klare Worte: geringer Schulbesuch, unzureichende Infrastruktur der öffentlichen Bildungseinrichtungen und eine ausgeprägte Armut, die das Umfeld der SchülerInnen der Grund- und weiterführenden Schule beeinträchtigt.

Fast 1,2 Mio. Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 18 Jahren gehen nicht in die Schule, obwohl offiziell von

einer Kapazitätsauslastung von 96% die Rede ist. "Das ist eine hohe Zahl", so die Bildungsministerin, "aber aufgrund der schlechten Bildungsqualität und der hohen internen Ineffizienz beläuft sich die Abschlussrate auf 39%. Da kann man nicht von Auslastung oder Abdeckung sprechen. Die Herausforderung besteht darin, dass das Kind in der ersten Klasse anfängt und mindestens 13 Jahre Schulunterricht erhält.

Eine weitere Problematik zeigt Ordóñez in Bezug auf das Alter der SchülerInnen in den verschiedenen Schulniveaus auf. So sind 600'000 Kinder in der Grundschule eigentlich zu alt für die derzeit besuchte Klasse, mehr als die Hälfte

Fortsetzung S. 6

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
 Bankverbindung:
 Postbank Karlsruhe
 BLZ: 660 100 75
 Kto. -Nr.: 32 95 01-751
 Redaktion:
 Barbara Müller
 Christiane Treeck
 c-tree@gmx.net
 Aboverwaltung:
 Ewald Seiler
 Rahel-Varnhagen-Str. 15
 79100 Freiburg
 fijate@web.de
 Jahres-Abo: 55.- •
 Auslands-Abo: 60.- •
 E-Mail-Abo: 50.- •
 Erscheinungsweise 14-tägig.
 Nachdruck mit Quellenangabe
 erwünscht.
 www.guatemala.de/Fijate

Fortsetzung von S. 5

müsste gemäss ihres Alters bereits in der weiterführenden Schule sein, 135'000 SchülerInnen der Mittelstufe müssten in der Oberstufe sein und 76'000 von denen in der Oberstufe - an der ohnehin nur noch wenige der Gesamtschulbevölkerung teilnehmen - müssten längst ihren Abschluss in der Tasche haben. Diese Statistiken spiegeln die Situation von Armut und extremer Armut der ländlichen Bevölkerung wider, analysiert die Ministerin. Und diese ist Ursache dafür, dass in der Bevölkerung im so genannten Reproduktionsalter (zwischen 22 und 37 Jahren) zwischen 14 und 23% Analphabetismus herrscht.

Jetzt will Ordóñez eine Grossoffensive starten und im Juli 15'000 unbefristete LehrerInnenstellen ausschreiben sowie einen Weiterbildungsprozess für die Eltern in "Prinzipien und Werten" anstossen. Ausserdem habe man schon eine Reihe von Treffen mit den BürgermeisterInnen initiiert, damit diese den departementalen BildungsdirektorInnen die lokalen Erziehungspläne übergeben mit dem Ziel, dass die je lokalen Bedürfnisse und Forderungen in den Haushaltsplan des nächsten Jahres eingehen.

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Kinderarbeit am 12. Juni werden auch in Bezug auf dieses Phänomen aktuelle Zahlen genannt. Demnach werden landesweit rund 1 Mio. Kinder und Jugendliche in Arbeitsverhältnissen gezählt. Die meisten davon in den Departements Alta Verapaz, Huehuetenango und Quiché.

William Mazariegos von *Save the Children Guatemala* zufolge "ist diese staatliche Nachlässigkeit gegenüber der Kindheit und Jugend des Landes historisch zu nennen", ist doch allgemein bekannt, dass arbeitende Kinder oft in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung eingeschränkt werden und sich ihre Arbeitssituation direkt negativ auf ihren Bildungsstand auswirkt.

Und wieder einmal fühlt sich die Regierung auf den Plan gerufen und kündigt mittels des Vize-Arbeitsministers Noé Boror die Schaffung der *Nationalen Kommission für die Prävention und Ausradierung von Kinderarbeit* an, und sogleich werden dann auch die entsprechenden Dependancen in den Departements eröffnet. Vizepräsident Rafael Espada wird dieser Kommission vorstehen, dazu gehören werden die Mi-

nisterien für Bildung, Landwirtschaft, Kultur und Sport sowie Gesundheit.

Trotz der bereits seit einiger Zeit immer wieder durchgeführten Studien von Nicht-Regierungsorganisationen zum Thema Kinderarbeit in Guatemala, wird jene Kommission jetzt erst einmal einen Befund erheben, "um die wirkliche und aktuelle Situation der Kinder zu beobachten, die arbeiten". "Und dann werden wir die entsprechenden Entscheidungen treffen", versichert Boror. Mit dieser Ansage weckt er aber doch eher den Verdacht, dass es sich bei dem neuen Vorhaben der Regierung einmal mehr um einen konjunkturellen Spontanentschluss mit der Option handelt, noch mehr Stellen für regierungsaffine Personen zu schaffen, denn um ein durchdachtes Konzept, dem eine langfristige Strategie zu Grunde liegt und die Teil der tatsächlichen Regierungspolitik ist. Beispielsweise ist von dem für gewöhnlich im Zusammenhang mit sozialen Vorhaben auf dem Land und der Armutsbekämpfung an erster Stelle genannten *Kohäsionsrat* von Präsidentengattin Sandra Torres de Colom überhaupt keine Rede, obwohl dieselben Ministerien beteiligt zu sein scheinen.

"Indigener Bevölkerungsrückgang" versus Diskriminierung

Guatemala, 30. Mai. Laut offiziellen Volkszählungen repräsentierte die indigene Bevölkerung in Guatemala bis Mitte des 20. Jahrhunderts 55% der Gesamtbevölkerung. Mit dem Zensus von 1964 ging dieser Prozentsatz auf 42% zurück und hielt sich viele Jahre: Noch 1994 belief er sich auf 43%. Gemäss der aktuellsten Zählung von 2002 liegt er jedoch bei 39%.

Angesichts dieser Tendenz der Abnahme der als indigen bezeichneten Bevölkerungsgruppe, stellt sich die Frage nach deren Ursache. Romeo Tiu, Koordinator der *Nationalen Kommission gegen Diskriminierung und Rassismus* (CODISRA) versichert indes, dass die offiziellen Daten, die den indigenen Bevölkerungsanteil auf unter 50% angeben, nicht der Wirklichkeit entsprechen, denn man wisse aus nicht-offiziellen Quellen, dass sich die Ziffer auf zwischen 50 und 60% belaufe. Man müsse das demografische Wachstum in Betracht ziehen, warnt Tiu, das nämlich eindeutig auf eine Zunahme der indigenen Bevölkerung hinweise, nicht nur, weil die durchschnittliche Schwangerschaftsrate bei indigenen Frauen bei 6,1 liege. Ausserdem müsse man die Art der Fragestellung in der Bevölkerungserhebung durch das *Nationale Statistikinstitut* (INE) untersuchen, ob diese selbst nicht

die Informationen beschneiden. Schliesslich noch sähen viele der InterviewerInnen bloss die vermeintlichen Züge der Personen und schreiben auf, was ihnen am passendsten scheint. Auch käme es auf die Haltung dieser BefragterInnen an und derer, die die Instrumente und die Politik des INE ausarbeiten. Es sei ganz wichtig, die Ergebnisse mit Informationen aus den Zivilregistern abzugleichen, obwohl auch in diesen nicht immer die ethnische Abstammung der BürgerInnen angegeben ist.

Die Soziologin Victoria Tubin hält die Statistiken der Volkszählungen für ein Beispiel der Leugnung der ethnischen Vielfalt des Landes. Die aufgestellten Indikatoren zögen weder die ethnische Zugehörigkeit in Betracht noch erlaubten sie der Bevölkerung sich selbst zu definieren. Dabei spiele sich diese Negierung der kulturellen Pluralität nicht nur von aussen ab, sondern sei von vielen Personen verinnerlicht: "Viele Mayas wollen sich nicht mehr als solche identifizieren, sie schauen immer, wie sie ihre Identität verstecken können, und wenn sie in einer Umfrage nicht danach gefragt werden, werden sie sich hüten, es von sich aus zu sagen. Dabei ist der Rassismus weiterhin eine der strukturellen Ursachen, die es der indigenen Bevölkerung nicht erlaubt, sich selbst ei-

nem Volk zuzuordnen und ihre objektive und subjektive Art und Weise zu verteidigen, wie sie ihr kollektives Leben versteht", sagt die Forscherin.

Der Rassismus und die herrschende Diskriminierung bringen die Leute dazu sich zu schützen, um nicht weiter diskriminiert zu werden. "In indigener Tracht über die Strasse zu laufen, ist eine Herausforderung, denn man stellt sich der Gefahr, nicht respektiert zu werden", versichert Vilma Sánchez, Koordinatorin einer Anti-Diskriminierungs-Kampagne von der CODISRA. Da die Informationen der Volkszählungen nicht der Wahrheit entsprechen, wird die nicht-indigene Bevölkerung auch begünstigt, was die Haushaltszuweisungen angeht, was wiederum politische wie soziale Folgen mit sich bringt. "Das macht die Bevölkerungssektoren noch verletzlicher, die traditionellerweise eh ausgeschlossen sind: die Frauen und die indigenen Völker", resümiert Tiu den Teufelskreis.

Eine Datenerhebung je Ethnie würde es ermöglichen die verschiedenen Sprachgruppen zu orten und ihre Lebensumstände zu kennen. "Das würde uns wiederum erlauben festzustellen, über welchen Zugang die Bevölkerung zu staatlichen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und anderen verfügt", meint Sánchez.